

Schriften zum geistigen Eigentum
und zum Wettbewerbsrecht

115

Natalie Ackermann-Blome

Fehlsteuerungen im Patentrecht

Ursachen und prozessuale Lösungsansätze



Nomos

Schriften zum geistigen Eigentum
und zum Wettbewerbsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christian Berger, Universität Leipzig
Prof. Dr. Horst-Peter Götting, Techn. Universität Dresden

Band 115

Natalie Ackermann-Blome

Fehlsteuerungen im Patentrecht

Ursachen und prozessuale Lösungsansätze



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Osnabrück, Univ., Diss., 2019

u.d.T.: „Fehlsteuerungen im Patentrecht – Divergenz zwischen Schutzzumfang und Schutzerteilung“

ISBN 978-3-8487-6237-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-0384-0 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück angenommen. Sie ist während meiner Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am dortigen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Recht des Geistigen Eigentums sowie deutsches und europäisches Zivilprozessrecht entstanden.

Mein zuvörderster, herzlichster Dank für die Betreuung, die vielen anregenden Diskussionen sowie ihre Förderung gilt meiner Doktormutter Professor *Dr. Mary-Rose McGuire*. Ihr verdanke ich die Leidenschaft für das Patentrecht.

Ich danke Professor *Dr. Hans-Jürgen Ahrens* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und seine so kritischen wie konstruktiven Anmerkungen.

Professor *Dr. Christian Berger* und Professor *Dr. Horst-Peter Götting* gebührt Dank für die Aufnahme in diese Schriftenreihe.

All meinen Wegbegleitern und Kollegen in Osnabrück danke ich herzlich für ihre vielfältige Unterstützung bei der Erstellung der Arbeit, den wissenschaftlichen Austausch und die fruchtbaren Diskussionen. Auch ihr Retzen werde ich die Zeit der Doktorarbeit stets in schöner Erinnerung behalten. Ein besonderer Dank gilt *Stergianna Nikolidaki* für ihre Unterstützung und Aufmunterungen.

Schließlich gilt mein tiefempfundener und herzlichster Dank meiner Familie. Sie waren mir stets Rückzugsort und Heimat, ganz egal ob nah oder fern. Meinem Mann *Max-Niklas Blome* danke ich für seine durch nichts zu ersetzende, liebevolle Unterstützung, seine Geduld und seinen Rückhalt. Ohne ihn und seine Zuversicht hätte diese Arbeit nicht entstehen können. Meinen Eltern *Münevver* und *Armin Ackermann* danke ich für ihre stets enge Begleitung auf meinem Lebensweg und die bedingungslose Förderung meiner Ausbildung. Sie waren und sind mir Basis für meine persönliche wie berufliche Entwicklung. Ihnen beiden widme ich diese Arbeit.

Frankfurt am Main, im Dezember 2019

Natalie Ackermann-Blome

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	23
A. Anlass der Untersuchung	23
B. Gang der Untersuchung	29
C. Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes	31
Teil 1: Aktuelles Schutzsystem in der Überprüfung	32
A. Sinn und Zweck des Patentrechts	32
I. Theorien zur Legitimation des Patentrechts	32
1. Ausgangspunkt: Machlups systematische Zusammenfassung	32
2. Naturrechtstheorie	33
3. Belohnungstheorie	34
4. Anspornungstheorie	35
5. Offenbarungstheorie	36
6. Zweck des Patentrechts	38
II. Theorien in der Anwendung	40
1. Das deutsche Patentsystem aus Anmelderperspektive	40
a) Grundzüge des Trennungssystems	40
b) Verfassungsrechtlicher Hintergrund	42
c) Attraktivität des Standorts Deutschland	45
2. Entwicklung der Patentanmeldungen in Deutschland	49
3. Zahlen und Hintergründe zu den Verfahren	52
a) Verletzungsverfahren: Ein Ausweis für Qualität?	52
b) Nichtigkeitsverfahren: Das wichtigste Verteidigungsmittel?	54
c) Einspruchsverfahren: Eine kostengünstige Alternative?	58
d) Außergerichtliche Vergleiche: Ein praktischer Kompromiss?	60
e) Vergleich mit anderen Foren (UK, Frankreich, Niederlande)	62

Inhaltsverzeichnis

4. Nicht vom Schutzzweck gedeckter Patenteinsatz	65
a) Patenteinsatz im Wandel	65
b) Neue Anforderungen an das Patentsystem	66
c) Patente als Wirtschaftsgut	67
d) Patente als Verhandlungsmasse	69
e) Patente als Sicherheiten	70
f) Patente als Wettbewerbshindernis	71
g) Zwischenergebnis: Fehlanreize zur Patentierung	72
5. Sachfremdes Interesse an Patentschutz	73
III. Status Quo des Patentrechts	74
B. Folge der Fehlsteuerungen	75
I. Allgemeine Folge: Neue Herausforderungen	75
II. Folge für standardessentielle Patente	78
1. Grundzüge der Standardisierung	79
a) Begriff und Ziele der Standardisierung	79
b) Vorteile der Standardisierung	81
c) Nachteile der Standardisierung	83
2. Rechtliche Bedeutung standardessentieller Patente	86
3. Praktische Bedeutung standardessentieller Patente	88
4. Fehlsteuerungen und Folgen für standardessentielle Patente	91
C. Zwischenergebnis	93
Teil 2: Beurteilung der Schutzfähigkeit	96
A. Patenterteilungsverfahren	96
I. Historische Entwicklung	96
II. Rechtliche Grundlagen	98
III. Verfahren	99
1. Rechtsnatur des Erteilungsverfahrens	99
2. Verfahrensvoraussetzungen	102
3. Verfahrensgrundsätze patentamtlicher Verfahren	103
a) Antragsprinzip	103
b) Dispositionsmaxime	104
c) Untersuchungsgrundsatz	105
IV. Umfang der aufgeschobenen Prüfung	107
1. Die aufgeschobene Prüfung	107
2. Neuheit, § 3 PatG	109
3. Erfinderische Tätigkeit, § 4 PatG	111
4. Entscheidung im Prüfungsverfahren	113

V. Wirkung der Entscheidung	113
VI. Rechtsmittel: Die Beschwerde	115
VII. Auswirkung der Entscheidung auf das Verletzungsverfahren	116
1. Schutzzumfang des Patents nach früherer Rechtslage	116
a) Ausgangspunkt: Lindenmaiers <i>Dreiteilungslehre</i>	116
b) Kritik: Privilegierung des Patentinhabers?	119
2. Schutzzumfang nach geltendem Recht	120
a) Ausgangspunkt: Patentansprüche	120
b) Wortsinn der Patentansprüche	121
c) Äquivalente	122
3. Bedeutung für das Verletzungsverfahren	124
4. Zwischenergebnis	127
B. Einspruchsverfahren	128
I. Historische Entwicklung	128
II. Rechtliche Grundlagen	129
III. Verfahren	130
1. Rechtsnatur des Einspruchsverfahrens	130
2. Verfahrensbeteiligte	132
3. Verfahrensgrundsätze	133
IV. Umfang der Prüfung	134
V. Wirkung der Entscheidung	135
VI. Rechtsmittel: Die Beschwerde	136
VII. Auswirkung der Entscheidung auf das Verletzungsverfahren	136
C. Nichtigkeitsverfahren	138
I. Historische Entwicklung	138
1. Patentamtliches Nichtigkeitsverfahren	139
a) Patentgesetz von 1877	139
b) Patentgesetz von 1891	140
c) Patentgesetz von 1936	141
2. Das patentgerichtliche Nichtigkeitsverfahren	141
II. Rechtliche Grundlagen	142
III. Verfahren	143
1. Rechtsnatur des Nichtigkeitsverfahrens	143
2. Popularklage	145
3. Dispositionsmaxime	146
4. Untersuchungsgrundsatz	147
IV. Umfang der Prüfung	150
V. Wirkung der Entscheidung	150
VI. Rechtsmittel: Die Berufung an den Bundesgerichtshof	153

Inhaltsverzeichnis

VII. Auswirkung des Nichtigkeitsverfahrens auf das Verletzungsverfahren	154
D. Zwischenergebnis	156
Teil 3: Patente und Verfahrensrecht	159
A. Die mögliche Privilegierung des Verletzungsklägers	159
I. Ausgangspunkt der Kritik	159
II. Strukturelle Schwachstellen des Trennungsprinzips	160
1. Gefahr divergierender Entscheidungen	161
2. Injunction Gap	163
3. Festhalten am Trennungsprinzip	165
B. Die Koordination von Nichtigkeits- und Verletzungsverfahren	165
I. Notwendigkeit für Koordination	165
II. Aussetzung, § 148 ZPO	167
1. Zivilprozessualer Hintergrund	167
2. Vorgreiflichkeit	170
3. Ermessen	171
a) Grundsätzliche Ermessenserwägungen	171
b) Erfolgswahrscheinlichkeit nach der Rechtsprechung	172
aa) Ausgangspunkt: Umstände des Einzelfalls?	172
bb) Hinreichende Wahrscheinlichkeit in erster Instanz	173
cc) Abgeschwächter Maßstab in zweiter Instanz	176
dd) Weiter abgeschwächter Maßstab in der Revision	178
c) Weitere Gesichtspunkte	179
aa) Zeitpunkt der Einleitung des Rechtsbestandsverfahrens	179
bb) Klagebegehren im Verletzungsverfahren	181
cc) Beschränkte Verteidigung des Patents	183
d) Kritik am schematischen Vorgehen	186
III. Vollstreckungsschutz	189
1. Allgemeine Vollstreckungsgrundlagen	189
2. Vollstreckungsschutz nach § 712 ZPO	191
3. Vollstreckungsschutz nach §§ 719 Abs. 1, 707 ZPO	193
a) Voraussetzungen	193
b) Ermessensentscheidung des Gerichts	194
c) Bedeutung bei Geltung des Trennungsprinzips	196
4. Vollstreckungsschutz nach § 719 Abs. 2 ZPO	197
a) Voraussetzungen	197

b) Geringe praktische Bedeutung	200
5. Vollstreckungsschutz analog § 719 Abs. 1 ZPO	201
6. Rechtsschutz nach § 717 Abs. 2 ZPO	203
a) Sinn und Zweck	203
b) Voraussetzungen	204
c) Rechtsfolge: Risikohaftung des Vollstreckungsgläubigers	206
d) Kritik: § 717 Abs. 2 ZPO als „problematischer Störfall“?	209
7. Rechtsschutz nach § 717 Abs. 3 ZPO	211
a) Rechtfertigung für die Begrenzung auf die Herausgabe der Bereicherung	211
b) Systematische Schwächen in der Rückabwicklung	212
c) Kritik: Privilegierung des Klägers?	215
IV. Restitutionsklage, § 580 ZPO	217
1. Grundgedanken der Restitutionsklage in der ZPO	217
2. Restitution im Zivilprozess	219
3. Restitution im Patentprozess	220
a) Mögliche Restitutionsgründe	220
b) § 580 Nr. 6 ZPO	221
c) § 580 Nr. 7 ZPO	223
4. Stellungnahme und Kritik: Keine Analogie möglich	224
V. Befund: Keine grundsätzliche Privilegierung des Patentinhabers	228
C. Zwischenergebnis	229
Teil 4: Lösungsansätze <i>de lege lata</i>	232
A. Bestandsaufnahme	232
B. Maßnahmen der Europäischen Patentorganisation	233
I. Raising the Bar-Initiative	234
a) Behördenpraktischer Hintergrund	234
b) Umsetzung	236
c) Schlussfolgerung: Erste Schritte zur Verbesserung	237
II. Early Certainty-Initiative	238
a) Behördenpraktischer Hintergrund	239
b) Umsetzung	239
c) Schlussfolgerung: Fokus auf die Zeit	241
III. Zwischenergebnis	243

Inhaltsverzeichnis

C. Anwendung des Vorbehaltsurteils als Abhilfemaßnahme	244
I. Grundzüge des Patents mit einheitlicher Wirkung	244
II. Vorbehaltsurteil im Verfahren über das Einheitspatent	246
III. Schlussfolgerung: Vermeidung divergierender Entscheidung	250
IV. Zwischenergebnis	251
D. Handlungsoptionen der Wettbewerber	252
I. FRAND-Einwand	252
1. Die kartellrechtliche Zwangslizenz (FRAND-Einwand)	253
2. Entwicklung des FRAND-Einwands in der Rechtsprechung	253
3. FRAND in der Spruchpraxis	255
4. Schlussfolgerung: Eine pragmatische (Zwischen-)Lösung	257
II. Defensive Publishing	258
1. Konzept des Defensive Publishing	258
2. Motive für Defensive Publishing	260
3. Praktische Relevanz	262
4. Anforderungen an das Defensive Publishing	263
5. Schlussfolgerung: Alternative, aber keine befriedigende Lösung	265
III. Zwischenergebnis	265
E. Zwischenergebnis	266
Teil 5: Lösungsansätze <i>de lege ferenda</i>	268
A. Erfordernis neuer Vorschriften	268
B. Hintergrund von Präklusionsvorschriften	270
I. Präklusion als allgemeines Institut des Prozessrechts	270
II. Sinn und Zweck der Präklusion im Prozessrecht	271
III. Verfassungsrechtliche Implikationen der Präklusion	273
1. Rechtliches Gehör	273
a) Schutzzumfang des Art. 103 Abs. 1 GG	273
b) Keine Beschränkung durch Präklusionsvorschriften	274
2. Allgemeiner Gleichheitssatz	276
a) Grundlagen	276
b) Keine generelle Verletzung durch Präklusionsvorschriften	277
3. Rechtsstaatsprinzip	278
a) Schutzzumfang des Rechtsstaatsprinzips	278

b) Keine generelle Verletzung durch Präklusionsvorschriften	279
4. Übermaßverbot und Verhältnismäßigkeitsgebot	281
a) Schutzzumfang des Übermaßverbotes	281
b) Keine generelle Verletzung durch Präklusionsvorschriften	282
5. Kein prinzipieller Verfassungsverstoß	283
IV. Bedenken des EuGH zur Präklusion	283
V. Bedeutung der Präklusion im Zivilprozess	286
1. Verstoß gegen die Prozessförderungspflicht der §§ 282, 296 ZPO	286
a) Angriffs- und Verteidigungsmittel	287
b) Verspätetes Vorbringen	288
aa) Verzögerung bei § 296 Abs. 1 ZPO	288
bb) Verzögerung bei § 296 Abs. 2 ZPO	289
c) Zwischenergebnis: Präklusion bei taktischem Vorgehen	291
2. Berufung, §§ 530, 531 ZPO	291
a) Ausgangssituation in der Berufung	291
b) Verspätetes Vorbringen nach § 531 Abs. 1 ZPO	292
c) Neuer Vortrag im Sinne des § 531 Abs. 2 ZPO	293
d) Zwischenergebnis	295
3. Vollstreckungsabwehrklage, § 767 ZPO	296
a) Ausgangssituation	296
b) Präklusion nach § 767 Abs. 2 ZPO	297
VI. Bedeutung der Präklusion im Patentrecht	298
1. Präklusion im deutschen Patentrecht	298
a) § 83 PatG	298
aa) Entstehungshintergrund	298
bb) Regelungsgehalt	299
b) § 117 PatG	301
c) Zwischenergebnis	303
2. Seitenblick in andere Rechtsordnungen	303
a) Frankreich: Verjährung nach Art. 2224 CC	304
aa) Grundlagen des französischen Patentverfahrens	304
bb) Verjährung im Nichtigkeitsverfahren	305
b) Vereinigtes Königreich: Anforderungen an den Parteivortrag	307
aa) Grundlagen des UK-Patentverfahrens	307
bb) Maßnahmen der Rechtsprechung	309

Inhaltsverzeichnis

c) USA: Präklusion im Nichtigkeitsverfahren	310
aa) Grundlagen des U.S.-amerikanischen Patentverfahrens	310
bb) <i>Reasonably could have raised-estoppel</i>	312
d) Schlussfolgerung	315
VII. Vorschlag einer verfahrensübergreifenden Präklusionsvorschrift	315
1. Erfordernis der Regelung	316
2. Konkrete Ausgestaltung der Präklusionsvorschrift	318
a) Systematische Grundlage	318
b) Konkreter Reformvorschlag	321
c) Erläuterungen im Einzelnen	322
aa) Systematik und Zweck der Vorschrift	322
bb) Beurteilungsmaßstab	323
cc) Verhältnismäßigkeit	324
dd) Zwischenergebnis	325
3. Potentielle Kritikpunkte	325
a) Vereinbarkeit mit dem Amtsermittlungsgrundsatz	325
b) Keine Privilegierung des Patentinhabers durch die Präklusion	327
C. Zwischenergebnis	329
Teil 6: Fazit & Schlussfolgerungen	332
A. Aktuelles Schutzsystem in der Überprüfung	332
B. Beurteilung der Schutzfähigkeit	335
C. Patente und Verfahrensrecht	337
D. Lösungsansätze <i>de lege lata</i>	340
E. Lösungsansätze <i>de lege ferenda</i>	342
Literaturverzeichnis	345

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abb.	Abbildung
ABl.	Amtsblatt
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AIA	Leahy-Smith America Invents Act
AktG	Aktiengesetz
a.M.	am Main
Anm.	Anmerkung
ArbnErfG	Arbeitnehmererfindungsgesetz
Art.	Artikel
BayBO	Bayerische Bauordnung
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
Bl.f.PMZ	Blatt für Patent-, Muster und Zeichenwesen
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BPatG	Bundespatentgericht
BPatGE	Entscheidungssammlung des Bundespatentgerichts
bspw.	beispielsweise
BT-DruckS	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CC	Code Civile
CPI	Code de la propriété intellectuelle
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DPMA	Deutsche Patent- und Markenamt
ebd.	ebenda
ECLI	European Case Law Identifier
Einl.	Einleitung
EJLE	European Journal of Law and Economics
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EPA	Europäisches Patentamt
EPGÜ	Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht
EPO	Europäische Patentorganisation
EPSVO	Sprachenverordnung zum Europäischen Patent
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
EPVO	Europäische Patentverordnung
ETSI	Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen (European Telecommunications Standard Institute)
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWHC	High Court of England and Wales
f.	Folgende(r)
ff.	folgende (Plural)
FGG	Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FRAND	Fair reasonable and non-discriminatory
FS	Festschrift
F&E	Forschung und Entwicklung

GebmG	Gebrauchsmustergesetz
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GGVO	Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung
GRCh	Grundrechte-Charta
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht International
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HessBO	Hessische Bauordnung
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
Internat.	International / Internationaler
InTeR	Zeitschrift zum Innovations- und Technikrecht
IntPatÜG	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 27. November 1963 zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente, dem Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens und dem Übereinkommen vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente
InstGE	Entscheidungen der Instanzgerichte zum Recht des geistigen Eigentums
IPEC	Intellectual Property Enterprise Court
IPR	Inter-partes-review
IPRB	IP-Rechtsberater
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit

Abkürzungsverzeichnis

JIPLP	Journal for Intellectual Property Law and Practice
JWIP	Journal of World Intellectual Property
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen Zeitung
LBO BW	Landesbauordnung des Landes Baden-Württemberg
LBO RP	Landesbauordnung des Landes Rheinland-Pfalz
LG	Landgericht
MarkenG	Markengesetz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mio.	Million / Millionen
Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte
ModellG	Modellgesetz für Geistiges Eigentum
Mrd.	Milliarde / Milliarden
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	Mit weiteren Nachweisen
NdsBO	Niedersächsische Bauordnung
n.F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
No.	Number/Numéro
NPE	Non-Practicing Entity
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
OLG	Oberlandesgericht
PA	Patentamt
PAE	Patent Assertion Entities
PatG	Patentgesetz
PatV	Verordnung zum Verfahren in Patentsachen vor dem Deutschen Patent- und Markenamt
PCT	Patent Cooperation Treaty

PGR	Post-grant Review
PHC	Patents Court
PTAB	Patent Trial and Appeal Board
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RPA	Reichspatentamt
Rspr.	Rechtsprechung
RT-DruckS	Reichstags-Drucksache
S. / s.	Siehe / Seite
SEP	Standardessentielle Patente
SGB X	Zehntes Buch Sozialgesetzbuch
Sog.	Sogenannte/r
SSO	Standardisierungsorganisation
StGB	Strafgesetzbuch
StraÜ	Straßburger Übereinkommen
St. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
TGI	Tribunal de Grand Instance
TRIPS	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
UAbs.	Unterabsatz
UK	United Kingdom
UMV	Unionsmarkenverordnung
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
Urt.	Urteil
U.S.C.	United States Code
USPTO	United States Patent and Trademark Office
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von / vom
VC	Venture Capital
VerfO	Verfahrensordnung des Einheitlichen Patentgerichts
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Vgl.	Vergleich / Vergleiche

Abkürzungsverzeichnis

VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorb.	Vorbemerkung
VPP	Vereinigung von Fachleuten des Gewerblichen Rechtsschutzes
vs.	versus
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensordnung
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
z.B.	zum Beispiel
ZGE	Zeitschrift für geistiges Eigentum
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Im Übrigen wird auf *Hildebert/Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtsprache, 8. Auflage, Berlin 2015 verwiesen.